



Informationen kompakt für unsere Mitglieder und Interessierte.

Erscheint viermal jährlich und ist kostenlos

E-Mail: iaw@iaw.edu, IAW-Homepage: www.iaw.edu

++ Editorial ++



Liebe Leserinnen und Leser,

die Ausgabe 2/2004 der IAW-News stellt Ihnen IAW-Forschungsergebnisse zu zwei sehr aktuellen Themen vor: einerseits zur Ausbildungssituation in Baden-Württemberg (vgl. S.1) und andererseits zur Entwicklung der Flächentarifbindung im Land (vgl. S. 3). Die Analyse

der Tarifbindung hat das IAW im Rahmen einer sehr angenehmen und innovativen Kooperation mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg durchgeführt, indem IAW-Mitarbeiter als Gastwissenschaftler im Amt arbeiten konnten. Diese Kooperation zwischen amtlicher Statistik und amtsexterner Forschung ist sicherlich zukunftsweisend, nicht nur für das IAW. Wir freuen uns daher sehr, dass inzwischen auch der

Startschuss für ein weiteres Kooperationsprojekt mit dem „StaLa“ gefallen ist, das sich mit der Bedeutung regionaler Standortfaktoren für die Beschäftigungsentwicklung von Industriebetrieben befasst. Viel Spaß beim Lesen!

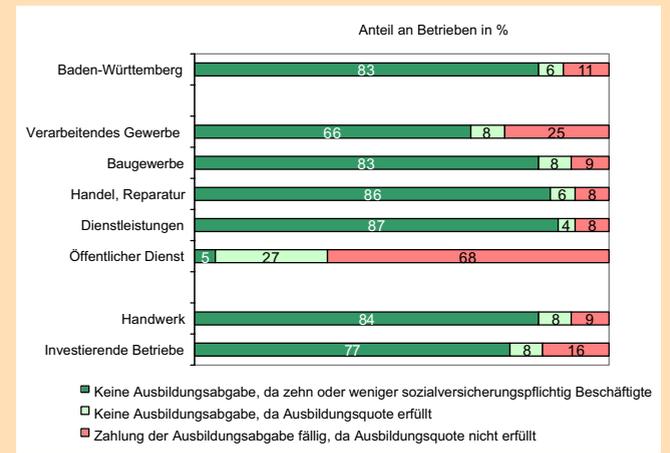
Ihr

Harald Strotmann

Ausbildungslücke in Baden-Württemberg nimmt weiter zu

Angebots- und Nachfrageüberhänge auf dem Ausbildungsmarkt sind kein Novum. Vielmehr waren in den letzten drei Jahrzehnten schon mehrfach Phasen des Überangebots und der Übernachfrage zu beobachten. Bislang konnte sich das duale Ausbildungssystem im Großen und Ganzen recht gut behaupten. Seit 2002 scheint jedoch eine tragende (Finanzierungs-)Säule dieses Systems endgültig zu bröckeln: Die insbesondere von Arbeitgeberseite stets als beispielhaft reklamierte Selbstverpflichtung der Unternehmen reicht – so scheint es – nicht mehr aus, um ein hinreichendes betriebliches Ausbildungsplatzangebot zu gewährleisten. Folgt man den Angaben aus dem Berufsbildungsbericht 2003 des BMBF, so ist der Anteil ausbildender Betriebe zwischen 1990 und 2001 bundesweit um knapp 5 Prozentpunkte auf nur noch 23,8% zurückgegangen und die Ausbildungsquote ist um 1,5 Prozentpunkte auf „magere“ 5,6% gesunken. Auch die aktuelle Auswertung des IAB-Betriebspanels durch das IAW verdeutlicht, wie stark die so genannte „Ausbildungslücke“ in Baden-Württemberg zugenommen hat: Der Anteil ausbildungsberechtigter, aber nicht ausbildender Betriebe an allen Betrieben lag in 2003 bei 32% (2001: 22%). Im Zeitraum 2000 bis 2003 hat

Anteil der Betriebe in Baden-Württemberg, die laut dem ursprünglich vorgesehenen Gesetzentwurf eine Ausbildungsplatzabgabe hätten zahlen müssen



von sämtlichen Betrieben, die in dieser Periode ausbildend tätig waren, nur weniger als die Hälfte dies auch in jedem Jahr getan.

Aus dem Inhalt:

Editorial1

Ausbildungslücke in Baden-Württemberg1

Termine, Veranstaltungen, IAW-Aktuell2

Der IAW-Report 1/2004 erscheint in wenigen Tagen ... 2

Tarif- und Lohnstrukturen in Baden-Württemberg 3

IAW-Position: Flächenschutzpolitik: „BLAU“ – eine sinnvolle Alternative zu Zertifikaten .. 4

Kurz notiert aus dem IAW 4

Impressum / Kontakt 4

Informationen zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie auf unser Homepage unter www.iaw.edu.

++ Forschungsberichte aus dem IAW ++

Demgegenüber liegt der Anteil jener Betriebe, der trotz Berechtigung überhaupt nicht ausgebildet hat, bei knapp 20% aller Betriebe. Dies entspricht ca. 37% der durchgängig ausbildungsberechtigten Betriebe. Hierbei handelt es sich typischerweise um kleinere Handwerksbetriebe, die vorwiegend im Baugewerbe bzw. im Verarbeitenden Gewerbe angesiedelt sind.

Ein zentraler Faktor unter der Vielzahl relevanter Gründe, die für diesen negativen Trend verantwortlich sind, besteht darin, dass die betrieblichen Kosten der Ausbildung sich – gerade in konjunkturell ungünstigen Zeiten – für den Betrieb nicht rechnen könnten. Neuesten Angaben des BIBB zufolge variierten im Jahr 2002 die durchschnittlichen jährlichen Nettokosten (Bruttokosten abzüglich der Erträge) der Betriebe pro Ausbildungsplatz je nach Betriebsgröße zwischen 1.423 EURO (10 bis 49 Beschäftigte) und 8.176 EURO (über 500 Beschäftigte).

Nachdem die aus vielerlei Gründen – zu Recht – sehr stark kritisierte „Ausbildungsplatzabgabe“ nunmehr dem „Ausbildungspakt“ gewichen ist, haben im dualen Ausbildungssystem Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung der Unternehmen bzw. Tarifparteien vorerst weiterhin Vorrang vor gesetzlichen Zwangsmaßnahmen. Es bleibt abzuwarten, ob das gestörte Gleichgewicht auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland durch die zugesagten 30.000 zusätzlichen Ausbildungs- sowie die 25.000 Praktikumsstellen tatsächlich wieder herzustellen ist. Für Baden-Württemberg, das nach Abschluss des nationalen Ausbildungspaktes als erstes Bundesland ein solches Bündnis realisiert hat, bedeutet dies, dass die Wirtschaft in den kommenden drei Jahren im Schnitt 3.800 neue Ausbildungs- und 3.200 Praktikumsplätze bereitstellen wird.

Der IAW-Report 1/2004 erscheint in diesen Tagen!

Peter Bareis: Die aktuellen Steuerreformvorschläge im Vergleich

Gerhard Wagenhals: Tax-benefit microsimulation models for Germany: A Survey

Peter Gottfried: Wie reagieren Haushalte auf die Senkung des Einkommensteuertarifs?

Ulrich Scheurle: Analyse von Einkommensarmut als Bestandteil einer regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Günther Klee, Martin Rosemann, Harald Strotmann: Die Gesellschaft altert, die Belegschaften altern mit

Der IAW-Report kann zum Preis von 8 EURO beim IAW bestellt werden, Mitglieder erhalten den IAW-Report kostenlos.



Würde der Ausbildungspakt mangels Erfolgs doch noch durch das von der Bundesregierung vorerst ausgesetzte Berufsausbildungssicherungsgesetz (BerASichG) vom 7. Mai 2004 ersetzt werden, so müsste IAW-Berechnungen zufolge etwa jeder achte Betrieb (11%) in Baden-Württemberg eine Ausbildungsabgabe entrichten. Am stärksten hiervon betroffen wären dabei der Öffentliche Dienst mit 68% und die Schlüsselbranchen des Verarbeitenden Gewerbes mit 30% der Betriebe (vgl. Abbildung auf Seite 1).

Ansprechpartner:

Günther Klee M.A., guenther.klee@iaw.edu

++ Termine ++ Veranstaltungen ++ IAW-Aktuell ++



+++ Das IAW gratuliert seinem Ehrenmitglied Prof. Dr. Horst Köhler herzlich zur Wahl zum Bundespräsidenten und wünscht ihm eine erfolgreiche Amtszeit. Professor Köhler war in der Zeit von 1969 bis 1976 wissenschaftlicher Referent am IAW +++ Am 1. April 2004 referierte im Rahmen eines IAW-Seminars am IAW Frau Dr. Karin Knottenbauer (Universität Hohenheim) zum Thema „Die Technologieverflechtung zwischen dem Industrie- und Dienstleistungssektor in Deutschland“ +++ Seit Anfang Juli verstärkt ein französischer Praktikant das Team des IAW. Remi Piatek (Universität Straßburg) wird das IAW bei der Evaluation der Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit unterstützen +++ Das IAW ist erfreulicherweise im neuen bundesweiten DFG-Schwerpunkt „Flexibilisierungspotenziale auf heterogenen Arbeitsmärkten“ mit einem Projekt vertreten +++ Der Wissenschaftliche Beirat des IAW tagte am 21. Juni 2004 am IAW. Diskutiert wurde über das DFG-Projekt „Gründung wissenschaftlicher Dienstleistungsunternehmen“ sowie

über das Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatischer Einzeldaten“ im Auftrag des BMBF und des Statistischen Bundesamtes +++ Frau Dr. Sigfried Caspar begutachtete im Frühjahr 2004 im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU Stipendienanträge zur Förderung der räumlichen Mobilität von jungen Wissenschaftlern +++ Am Dienstag, den 13. Juli 2004, werden Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion zu Gast am IAW sein +++ Beim IAW-EM-Tippspiel hat ein einziger IAWler den Europameister Griechenland richtig vorhergesagt: unser IAW-Direktor Professor Gerd Ronning lag mit seinem – zugegebenermaßen im Vorfeld doch eher belächelten – Tipp goldrichtig +++

IAW-Seminar am 14. Juli 2004

Das kommende IAW-Seminar findet am Mittwoch, den 14. Juli 2004 statt. In der Bibliothek des IAW wird Herr Diplom-Ökonom Sebastian Moll (Uni Hohenheim) einen Vortrag halten zum Thema „**Dynamik von Armut – Empirische Ergebnisse einer deskriptiven Analyse für Deutschland**“.

Beginn ist um 14.00 Uhr. Gäste sind herzlich willkommen.

Flächentarifbindung in Baden-Württemberg rückläufig, aber dennoch weiterhin große Prägekraft für Beschäftigte



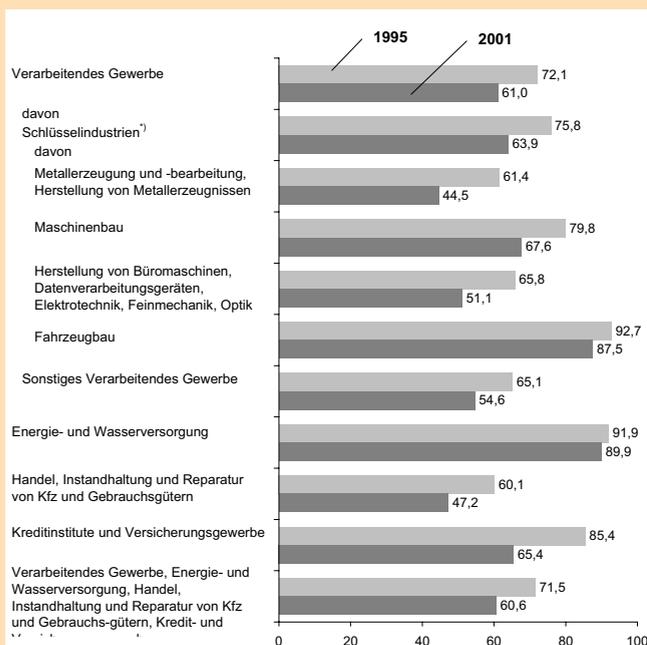
Im Rahmen einer gemeinsamen Landespressekonferenz des IAW mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg wurde am 2. Juli 2004 eine Studie der Öffentlichkeit vorgestellt, die das IAW in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt erarbeitet hat.

Auf der Grundlage der Verdienststrukturerhebungen 1995 und 2001 wurden

erstmalig amtliche Daten verwendet, um die Lohn- und Tarifstrukturen in Baden-Württemberg zu analysieren. Damit liegen zum ersten Mal belastbare Zahlen über die zeitliche Entwicklung der Flächentarifbindung in ausgewählten Branchen des Landes vor.

Die Auswertungen zeigen, dass Tarifverträge im Land immer noch eine sehr große Prägekraft besitzen. Mehr als 60% der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbranchen wurden im Herbst 2001 nach Flächen- oder Haustarifverträgen entlohnt. Trotzdem wird deutlich, dass man zwar nicht von einer Erosion der Tarifverträge sprechen kann, wie dies einige Kritiker der Tariflandschaft tun, aber von

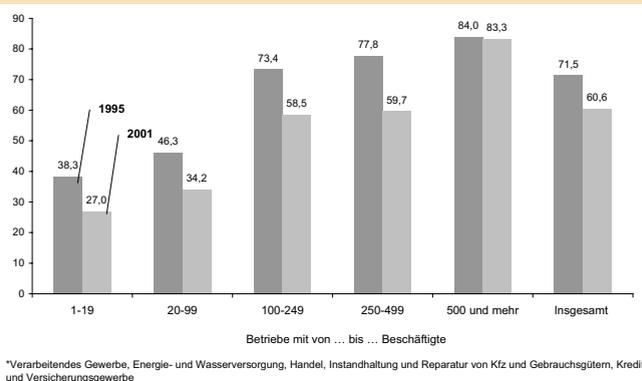
Entwicklung der Flächentarifbindung im Land von 1995 bis 2001 nach Wirtschaftszweigen in Baden-Württemberg – Anteile an Vollzeitbeschäftigten mit Branchentarif in %



¹⁾Schlüsselindustrien: Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen; Maschinenbau; Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Fahrzeugbau

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg / IAW (2004)

Entwicklung der Flächentarifbindung in Baden-Württemberg von 1995 bis 2001 nach Betriebsgröße – Anteile an Vollzeitbeschäftigten mit Branchentarif in %



*Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern, Kredit- und Versicherungsgewerbe

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg / IAW (2004)

1995 bis 2001 doch ein beträchtlicher Rückgang der Branchentarifbindung beobachtet werden kann (vgl. Abb. links unten): Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Energiebereich, dem Handel und dem Kredit- und Versicherungsgewerbe sank der Anteil der tariflich entlohnten Beschäftigten von 1995 bis 2001 um fast 11 Prozentpunkte von 71,5% auf 60,6%. Auffällig sind dabei die erheblichen Unterschiede in der Entwicklung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes. Während in der Metallindustrie ein Minus von fast 17 Prozentpunkten verkraftet werden musste, fiel der Rückgang im Fahrzeugbau mit minus 5,2 Prozentpunkten auf ein immer noch hohes Niveau von 87,5% unterdurchschnittlich aus.

Bemerkenswert sind auch die Unterschiede zwischen Betrieben unterschiedlicher Größe (vgl. die Abb. oben). Während bei den Großbetrieben mit 500 und mehr Beschäftigten die Tarifbindung unverändert blieb, reduzierte sich der Anteil der tariflich Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben ausgehend von einem bereits deutlich geringeren Niveau erheblich. Insofern scheint insbesondere ein Teil der kleineren und mittleren Betriebe die tariflichen Regelungen als für den Betrieb ungeeignet zu empfinden. Darüber hinaus sind die möglichen Vorteile von Flächentarifverträgen durch eine Senkung der Verhandlungs-, Transaktions- und Konfliktkosten gerade für größere Betriebe besonders relevant, für kleinere Betriebe jedoch weniger.

Die Autoren der Studie sind Stephan Bechtel (IAW Tübingen), Patrizia Mödinger (Stat. Landesamt Baden-Württemberg) und Dr. Harald Strotmann (IAW Tübingen).

Die Studie kann beim Statistischen Landesamt zum Preis von 5 EURO zuzüglich Versandkosten bestellt werden.

Ansprechpartner/in:

Barbara Sinner-Bartels, Barbara.Sinner-Bartels@stala.bwl.de
Dr. Harald Strotmann, harald.strotmann@iaw.edu



Dr. Raimund Krumm
raimund.krumm@iaw.edu

Flächenschutzpolitik: „BLAU“ – eine sinnvolle Alternative zu Zertifikaten

Der Trend zum ungezügelteren „Flächenverbrauch“ hält in Deutschland praktisch unvermindert an – immer mehr Freifläche wird in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Das raumplanerische Instrumentarium war bisher nicht in der Lage, die Entwicklung in nachhaltigkeitsverträgliche Bahnen zu lenken. Vor diesem Hintergrund hat der „Rat von Sachverständigen für Umweltfragen“ (2002) und jüngst auch der „Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg“ (2004) empfohlen, in der Flächenschutzpolitik so genannte „Ökonomische Steuerungsinstrumente“ einzuführen. Ein zentrales Element dieser Vorschläge ist die Implementierung eines Systems von „Handelbaren Flächenausweisungszertifikaten“.

Unter diesen Regimebedingungen würde auf der Bundes- oder Landesebene für einen Mehrjahreszeitraum der maximale Umfang an kommunaler Baulandausweisung festgelegt. Die entsprechenden in Zertifikateform verbrieften Flächenausweisungsrechte würden dann den Kommunen nach einem bestimmten Schlüssel, etwa der Einwohnerzahl, zugeteilt. Städte und Gemeinden könnten also nur noch dann neue Baugebiete ausweisen, wenn sie in entsprechendem Umfang über Flächenausweisungszertifikate verfügen. Die Kommunen könnten die Zertifikate untereinander handeln, wodurch die Einhaltung des bundes- bzw. landesweiten Ökoziels aber nicht gefährdet würde. Dies macht zumindest aus theoretischer Sicht den Charme dieses Konzepts aus. Fraglich ist jedoch, ob die Politik sich durchringen kann bzw. überhaupt gewillt ist, für die kommunale Baulandausweisung eine bundes- bzw. landesweite Mengendeckelung festzusetzen. Diese Skepsis ist der Hintergrund für die Überlegung, ein im Vergleich

zum Zertifikatekonzept hinsichtlich der Eingriffsintensität weniger radikales Steuerungsinstrument in Erwägung zu ziehen: die so genannte Baulandausweisungsumlage (BLAU) – ein erst vor kurzem am IAW entworfenes Steuerungsmodell.

Im Falle der Einführung von BLAU müssten die Kommunen einen am Flächenumfang der neuen Baugebiete bemessenen Umlagebetrag an den Bund bzw. das Land abführen. Wollte man für die Kommunalebene fiskalische Zusatzlasten vermeiden, dann wäre das beim Bund bzw. Land anfallende Umlageaufkommen nach einem geeigneten Schlüssel, z.B. der Einwohnerzahl, auf die Kommunen zurückzuverteilen. Die ökologische Lenkungswirkung würde dadurch nicht beeinträchtigt. Kommunen, die pro Kopf gesehen überproportional Bauland ausweisen, wären Nettozahler des BLAU-Systems, dagegen würden flächenpolitische „Ökoeffizienten“ mehr aus dem Umlageaufkommen zurückerhalten als sie eingezahlt haben.

Mit dem BLAU-Konzept kann zwar die Umsetzung eines quantitativ genau fixierten Ökoziels (wie z.B. das für die Bundesebene diskutierte „30 Hektar-Ziel“) nicht sichergestellt werden, jedoch ließe sich in Abhängigkeit von der konkreten Ausgestaltung einer solchen Umlagelösung eine mehr oder weniger deutliche Trendwende hin zu weniger Siedlungsflächenwachstum erreichen.

LITERATUR:

Krumm, R. (2003a): Die Baulandausweisungsumlage als flächenpolitisches Steuerungsinstrument, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 83. Jahrgang, S. 409-416.

Krumm, R. (2003b): Das fiskalische BLAU-Konzept zur Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums, in: IAW-Diskussionspapiere, Nr. 12.

++ Kurz notiert aus dem IAW ++

IAW-Mitarbeiter/innen auf Konferenzen und Veranstaltungen

20.04.2004: Raimund Krumm: „Ökonomische Steuerungsinstrumente der Flächenschutzpolitik“, Vortrag vor dem Umweltausschuss des Landesverbandes der Baden-Württembergischen Industrie, Karlsruhe.

23.04.2004: Günther Klee: „Zur betrieblichen Situation älterer Arbeitnehmer in Baden-Württemberg“, Vortrag beim LAK Berufliche Fortbildung in Stuttgart.

24.05.2004: Andreas Koch, Thomas Stahlecker: „New Business Foundations in Knowledge-Intensive Service Industries. On the Significance of Regional Economic Structure, Technological Paths and Institutional Set-up“, High-Technology Small Firm Conference, Twente Enschede.

26.05.2004: Gerd Ronning, Martin Rosemann, Harald Strotmann: „Estimation of the Probit Model Using Anonymized Micro Data“, European Conference on Quality and Methodology in Official Statistics, Mainz.

5.06.2004: Martin Rosemann: „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten im Spannungsfeld von Datensicherheit und Analysepotenzial“, 2. Konferenz für Wirtschafts- und Sozialdaten, Wiesbaden.

11.06.2004: Andreas Koch, Thomas Stahlecker: „Social Networks, Functional Links, and Spatial Proximity. Founding Processes and Early Development of KIBS Start-Ups“, 13th Nordic Conference on Small Business Research in Tromsø (Norwegen).

17.06.2004: Andreas Koch, Thomas Stahlecker: „KIBS and Regions. Regional Differences in the Development of Knowledge Intensive Business Firms. Empirical Evidence from Three German Regions“, High-Technology Small Firm Conference, Twente Enschede.

Impressum



Institut für
Angewandte
Wirtschaftsforschung e.V.

Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen
Tel. 07071/9896-0
E-Mail: iaw@iaw.edu

Fax: 07071/9896-99
Internet: www.iaw.edu

Verantwortlich: Dr. Harald Strotmann (Geschäftsführer)
Der Newsletter erscheint viermal im Jahr und wird vorzugsweise per E-Mail verteilt.